

SCHARNSTEINER PERSPEKTIVEN

www.scharnstein.spo.e.at

Marktgemeinde
Scharnstein



Ausgabe 3

Jänner 2023



Das ist das Planungsgebiet der Scharnsteiner Ortszentrumsgestaltung. Geplant wurde allerdings nicht mehr als eine Straße für den Autoverkehr!

Scharnstein 2015



Seiten 2-4: Causa In der Lahn
Initiative für die Lahn: Petition an den Scharnsteiner Gemeinderat



Seite 5: Scharnstein geht ohne Not in den „Härteausgleich“
... mit schlimmen Folgen für GemeindebürgerInnen und Vereine



Seiten 6-7: Die Sanierung der B120 im Ortszentrum wird zum Desaster.
Die Verantwortung dafür trägt allein der Bürgermeister!

Liebe Leserinnen und Leser der Scharnsteiner Perspektiven!

Vorweg freuen wir uns über die vielen Rückmeldungen zur letzten Ausgabe unserer Zeitung. Gerne veröffentlichen wir zwei Beispiele:

Hallo Max!

Ich gratuliere euch zur aktuellen Ausgabe der Scharnsteiner Perspektiven. Ihr habt damit die brennenden Probleme unserer Gemeinde sachlich, aber auch mit der notwendigen Härte angesprochen.

Ich glaube, ihr habt mit dieser Ausgabe den Nagel auf dem Kopf getroffen. Macht auf diese Weise weiter, dann muss sich auch die ÖVP einmal bewegen.

Liebe Grüße, N.N.

Servus Max,

als scharfer Beobachter und bekanntermaßen strenger, aber auch konstruktiver Kritiker sozialdemokratischer Politik auf allen Ebenen, möchte ich diesmal aber großes Lob aussprechen. Lob für die ungemein gut gelungene Novemberausgabe der Scharnsteiner Perspektiven. Informativ, übersichtlich, lesenswert und auch im Erscheinungsbild gut gelungen. Als Gemeindegänger bin ich dadurch „up to date“ und habe eine klare Darstellung der anliegenden Themen. Hilfreich zur Orientierung und Meinungsbildung. Dafür auch ein Dankeschön und ein „nur weiter so“, damit in Zukunft vieles gelingt.

MfG N.N.

Petition an den Gemeinderat

Am 17. Februar haben wir uns mit den Anrainern, aber auch mit den 550 (!) UnterzeichnerInnen der Petition gegen Bauland In der Lahn und mit allen Landschaftschützern gefreut, als der Scharnsteiner Gemeinderat mehrheitlich eine Rückwidmung der schönen Lahn-Wiese in Grünland beschlossen hat.

In einem demokratiepolitisch bedenklichen Akt degradierte das Land OÖ einen lupenreinen Beschluss von gewählten Mandataren des Scharnsteiner Gemeinderats zu einer „Absichtserklärung“. Die laut Land „fehlenden Unterlagen im Sachverhalt einer Gemeinderatssitzung“ hätten noch dazu von der örtlichen Amtsleitung beigelegt werden müssen.

Die Fraktionen SPÖ, FPÖ und Grüne und noch vielmehr die Anrainer in der Lahn wurden vom Bürgermeister am Nasenring durch den Gemeinderat gezogen. Es sollte den drei Fraktionen eine „Ehrensache“ sein, diese Demütigung durch eine neuerliche Verfahrenseinleitung auszubügeln.

Vizebürgermeister
Max Ebenführer
Fraktionsvorsitzende
Bernadette Lang



Scharnstein geht in den „Härteausgleich“

Was früher die „Abgangsgemeinde“ war, heißt seit einiger Zeit „Härteausgleich-Gemeinde“. Es sind zirka 1 Million Euro, die der Gemeinde für ein ausgeglichenes Budget 2023 fehlen. Vor allem Mehrausgaben für Strom und Wärme, aber auch die nachwirkenden Schulden wegen horrender Mehrausgaben bei der Mittelschulsanierung (2015) haben zur misslichen Lage des Scharnsteiner Budgethaushalts geführt.

Die Konsequenz: Für freiwillige Leistungen der Gemeinde gibt es für eine Härteausgleich-Gemeinde klare Vorgaben. Sie sind mit einem Deckel nach oben limitiert. Die Scharnsteiner Sozialdemokraten haben der Zerstörung eines jahrelang im Konsens entwickelten Gebühren- und Fördersystems im Gemeinderat nicht zugestimmt. Mehr dazu auf Seite 5.

Die Sanierung der B120 im Ortszentrum wird zum Desaster

Was bisher für das Ortszentrum vorliegt, ist eine reine Straßenplanung, ohne die umliegenden Räume des Ortszentrums zu berücksichtigen. Die Gemeinde muss deswegen endlich damit beginnen, die Ergebnisse der verschiedenen Prozesse der Bürgerbeteiligung in eine gesamthafte Planung des Ortszentrums einzubeziehen. Außerdem gehören die Interessen der Mittelschule, der Raiffeisenbank Almtal und von Geschäftsleuten berücksichtigt, die ihre Anliegen an die Gemeinde herangetragen haben.

Und vergessen wir eines nicht: Am wichtigsten sind die direkt von der Planung betroffenen Anrainer, die bisher – das beweisen die vielen kritischen Äußerungen in der Öffentlichkeit – noch gar keine Berücksichtigung fanden. Mit ihnen wurde in vielen Fällen nicht einmal gesprochen (siehe Seite 6-7).

Freier Beitrag der Initiative für die Lahn

Petition an den Scharnsteiner Gemeinderat

Liebe Fraktionsvertreter im Gemeinderat Scharnstein!

Vorweg vielen Dank, dass ihr euch letzten Freitag, dem 9. Dezember die Zeit genommen habt, unserer Einladung in die Lahn zu folgen. Wir Lahner sind sehr erleichtert, weil wir seither wieder das Gefühl haben, dass es von euch Verständnis für unsere Sorgen und Ängste gibt und ihr auf unserer Seite steht.

Gerne möchten wir euch unser Resümee der Zusammenkunft vom 9. Dezember 2022 übermitteln, mit der Bitte, diese auch gerne an Parteikolleginnen und Parteikollegen weiterzugeben und diese sinngemäß zu informieren:

1. Die Fraktionen SPÖ, FPÖ und Grüne haben sich bei dem Treffen in der Lahn dazu bereit erklärt, unsere Petition entgegenzunehmen und zu prüfen, in ihren Fraktionen zu beraten und uns bis Anfang Jänner 2023 Bescheid zu geben, ob sie unsere Initiative bei ihrem Anliegen einer Verfahrenseinleitung im Scharnsteiner Gemeinderat auf Rückwidmung von Bauland in Grünland unterstützen wollen. Der vorgeschlagene Termin würde eine Verfahrenseinleitung im ersten Gemeinderat 2023 ermöglichen.

2. Die anwesenden Fraktionen wurden darüber in Kenntnis gesetzt, dass für die Initiative als Alternative zu einer fairen Verfahrenseinleitung nur der Weg zu einem ordentlichen Gericht bleiben würde, um ihre Ansprüche auf Basis des Gutachtens der Volksanwaltschaft von 2021 durchzusetzen.

Dies würde für die Menschen in der Lahn viel Zeit, hohe Kosten und wahrscheinlich viele schlaflose Nächte bedeuten. Wir bitten euch hier inständig unsere Lage zu verstehen. Durch die Einleitung eines fairen Verfahrens könnt ihr uns von langjährigem Ärger sowie Sorgen und vor allem unnötigen Kosten befreien. Zudem würden überörtliche Behörden (Natur- und Landschaftsschutz, Raumordnung, Land- und Forstwirtschaft, Grund- und Trinkwasserwirtschaft) über unser Anliegen entscheiden können. Alle direkt Betroffenen hätten in einem solchen Verfahren ein Stellungnahmenrecht und könnten ihre Sichtweise der Dinge im Zuge des Verfahrens einbringen! Eine demokratisch zustande gekommene Entscheidung, die es bisher nicht gab, würden wir selbstverständlich zur Kenntnis nehmen.

3. Vor Ort wurden von den FraktionsvertreterInnen keine sachlichen Argumente vorgebracht, die FÜR eine Baulandwidmung in der Lahn sprechen würden.

Für uns hat sich seit dem 17. Februar nichts an der grundlegenden Situation in der Lahn geändert. Nach wie vor sprechen alle fachlichen Kriterien gegen eine Baulandwidmung. Sowohl der Ortsplaner als auch die zuständige Abteilung Raumordnung des Landes empfehlen eine



*Stefan Hamedinger
Initiative für die Lahn*

Widmung in Grünland.

Und es gibt nach wie vor keine geeignete Zufahrtsmöglichkeit zur betroffenen Grundstücksfläche. Eine im Juni vom Grundeigentümer eingebrachte neue „Variante“ empfinden wir als Beleidigung und zeigt in Wahrheit offen auf, wie brutal man hier seitens skrupelloser Politiker gegenüber Mensch und Natur bereit ist vorzugehen.

Am 17. Februar 2022 gab es bereits einen mehrheitlichen Beschluss im Gemeinderat für eine Rückwidmung in Grünland. Dieser wurde von Bürgermeister Raffelsberger mit Unterstützung aus dem Büro von Landesrat Achleitner aus demokratiepolitisch bedenklichen und machtpolitisch egoistischen Gründen zu einer "Absichtserklärung" degradiert.

Bitte helft uns, den Glauben an eine demokratisch funktionierende politische Vertretung in Scharnstein zurückzugewinnen. Mit dem zweifelhaften Vorgehen von Landesrat Achleitner und Bürgermeister Raffelsberger hatten wir diesen Glauben bereits vollkommen verloren.

Es ergeht das höfliche Ersuchen, unsere Petition in euren Fraktionen zu diskutieren, um danach eine fachlich fundierte Entscheidung treffen zu können.

Die Initiative sieht nach langjähriger Frustration und der besonderen demokratiepolitischen Demütigung in den letzten Monaten derzeit nur die Fraktionen SPÖ, FPÖ und Grüne als konstruktive Partner in der Gemeinde an. Für eine Einladung von Vertretern der ÖVP zu dem Treffen am 9. Dezember fehlte uns jegliches Vertrauen. Sollte sich aber das bisherige Verhalten der Vertreter der ÖVP ändern, stehen wir selbstverständlich für gemeinsame Gespräche zur Verfügung.

Für die Initiative "In der Lahn":
Stefan Hamedinger, In der Lahn 8
Mobil: 0664 415 81 75

Antwort der SPÖ Scharnstein an die Initiative für die Lahn

Liebe Initiative für die Lahn!

Bereits am 17. Februar hat die SPÖ Scharnstein einen gemeinsamen Beschluss zur Einleitung des Verfahrens zur Rückwidmung von Grünland in Bauland unterstützt. Ganze vier Monate nach diesem Beschluss – nachdem es keine anderen Gründe dagegen gab – erfand der Bürgermeister gemeinsam mit den Juristen von Landesrat Achleitner die Idee, dass „eine Unterlage nach der Planzeichenverordnung fehlen“ würde (die übrigens in unserer Gemeinde auch in den vorangegangenen 35 Jahren bei Umwidmungsverfahren niemals angewendet wurde) – und der Beschluss im GR deshalb nur eine „Absichtserklärung“ gewesen wäre. Das trauete sich der Landesrat 15 erwachsenen GemeinderätInnen über seine Juristen mitzuteilen.

Diesen beschämenden Sachverhalt können wir leicht beheben, indem wir mit einem neuerlichen Antrag im nächsten Gemeinderat aus unserer „ABSICHT“ nun einen „BESCHLUSS“ machen. Für uns eine „Ehrensache“!

Folgende weitere Argumente sprechen für diese Vorgangsweise:

1. Nach wie vor gibt es keine geeignete Zufahrtsstraße – eine aktuelle „Variante“ auf Höhe von Herrnberg 3 ist nichts Anderes als eine neuerliche schwere Demütigung der Anrainer. Nach wie vor gibt es seitens des Grundbesitzers keinen Antrag auf Umwidmung der geplanten Grünfläche in einen Verkehrsweg.

2. Es gibt nach wie vor keinen Gemeinderatsbeschluss über einen Bebauungsplan für das Grundstück in der Lahn und damit auch keine Parzellierung des Grundstücks.

3. Immer noch gibt es aber eine eindeutig negative Stellungnahme der Abteilung Raumordnung des Landes OÖ. Darin wird festgehalten, dass es sich ...

„... um eine großflächige Baulandausweisung inmitten eines vornehmlich landwirtschaftlichen Teilraumes ohne Anbindung an einen relevanten Siedlungsansatz handelt. Aufgrund der exponierten Hanglage wird sich der Störungsgrad im Landschaftsbild verstärken. Diese Widmung ist aus naturschutzfachlicher Sicht nicht vertretbar.

Vorgesehen ist die großflächige Neuschaffung von Dorfgebiet (Erweiterung von Baulandsplittern) in ortsferner Lage. Aus rein raumordnungsfachlicher Sicht steht die ggst. Planung eindeutig im Widerspruch zu den Zielen und Grundsätzen der Raumordnung (Vermeidung der Schaffung oder Erweiterung von Baulandsplittern, Zersiedelung). Darüber hinaus kann aufgrund der Entfernung zum Hauptort die Versorgung mit sozialer Infrastruktur

als unzureichend angesehen werden. Diese Widmung ist somit entschieden abzulehnen. Auf mögliche Beispielsfolgen wird ebenfalls hingewiesen.“

4. Zudem gibt es ein jüngstes Gutachten des Ortsplaners vom Mai 2022, welches die beantragte Rückwidmung in Grünland unterstützt.

5. Und es gibt nach wie vor das schwerwiegende Gutachten der Österreichischen Volksanwaltschaft aus dem Jahr 2021 (Volksanwalt Werner Amon), die eine Beschwerde gegen die Baubewilligung an das Landesverwaltungsgericht Oö. empfiehlt, wo geltend gemacht werden kann, ...

„... dass die Bewilligung auf einer gesetzwidrigen Flächenwidmung beruht. Das Landesverwaltungsgericht ist verpflichtet, beim Verfassungsgerichtshof die Aufhebung des Flächenwidmungsplans zu beantragen, wenn es diesen für gesetzwidrig hält.“

Wir unterstützen die Petition der Initiative für die Lahn vollinhaltlich!

Mit der neuerlichen Einleitung eines Verfahrens zur Rückwidmung von Bauland in Grünland würde aus einer bereits getätigten „Absichtserklärung“ ein halbes Jahr verspätet trotz aller Widerstände doch noch ein „echter Beschluss“ für ein faires Verfahren möglich werden. Den Anrainern möchten wir damit einen langwierigen und möglicherweise teuren Rechtsstreit auf Basis des Volksanwaltschaft-Gutachtens ersparen.

Aus den vielen o.g. Gründen spricht sich die SPÖ Scharnstein klar und deutlich für eine neuerliche Einleitung eines Rückwidmungsverfahrens aus. Die GemeinderätInnen von FPÖ und Grünen ersuchen wir (wie bereits im Februar 2022) um ihre Unterstützung für eine Verfahrenseinleitung.

Lassen wir nach dem ganzen Radau doch endlich die Experten unvoreingenommen entscheiden.

Die SPÖ-Fraktion im Scharnsteiner Gemeinderat

Scharnstein wird „Härteausgleichsgemeinde“

Ohne Not und gegen die Stimmen der SPÖ begab sich unsere Gemeinde in den sog. „Härteausgleichsfonds“ des Landes. Mit diesem radikalen Beschluss zertrümmerte die Mehrheit im Scharnsteiner Gemeinderat ein jahrzehntelang gemeinsam erarbeitetes Gebühren-, Steuern- und Abgabensystem, auf das sich die ScharnsteinerInnen verlassen konnten. Mit einem Federstrich werden Scharnsteiner Haushalte ab Jänner 2023 radikal höhere Tarife bspw. für die Wasserver- und Abwasserentsorgung leisten müssen. Essen auf Rädern wird sogar um 26% teurer!

Die SPÖ lehnte diesen Beschluss im Scharnsteiner Gemeinderat vehement ab, weil er ...

- unsozial,
- nicht notwendig und
- brutal gegenüber über den sozial Benachteiligten unserer Gesellschaft ist.

Mit dem Beschluss im Scharnsteiner Gemeinderat, eine Härteausgleichsgemeinde zu werden, hat sich die Mehrheit im Gemeinderat (gegen die Stimmen der SPÖ) beispielsweise dazu verpflichtet, die Wasser- und Kanalgebühren um bis zu 27% zu erhöhen.

Gmunden handelte anders

Bürgermeister Krapf (Gmunden) und Bürgermeister Raffelsberger verwendeten im Vorfeld der Budgetbeschlüsse in den Gemeinderäten in Pressemitteilungen dieselben Worte. Das Budget 2023 wäre „das herausforderndste, welches sie in ihrer Amtszeit je zu verantworten gehabt“ hätten. Der Gmundner Bürgermeister meinte dazu in der Bezirksrundschau am 14. Dezember, dass „der Weg in eine Härteausgleichsgemeinde keine Option sei“ und „mit allen Mitteln verhindert“ werden müsse. „Wir wären in diesem Fall nicht handlungsfähig. Das ist politisch nicht vertretbar“, so Krapf weiter.

Ganz anders denkt darüber Bürgermeister Raffelsberger, wohl wissend, dass der Weg in den Härteausgleichsfonds Scharnstein dazu verpflichtet, die Gebühren für die Daseinsvorsorge massiv, in manchen Fällen bis zu 27% zu verteuern. Dazu konnte die SPÖ Scharnstein – so wie der einstimmige Gmundner Stadtgemeinderat - nicht zustimmen, zu viel stand gerade für die sozial Benachteiligten in Scharnstein auf dem Spiel.

Sozialleistungen werden zertrümmert!

Das über Jahrzehnte mühsam und im Konsens der politisch Handelnden aufgebaute kommunale Sozialwesen unserer Gemeinde wurde am 15. Dezember mit einem Federstrich zerstört. Freiwillige Leistungen der Gemeinde wie bspw. Vereinsförderungen, soziale Leistungen, Landwirtschaftsförderungen u.ä.m. werden 2023 und in den Folgejahren massiv eingeschränkt, in manchen Fällen sogar auf Null reduziert.

Trotzdem der finanzielle Engpass unserer Gemeinde eindeutig in der aktuellen weltweiten Krisensituation begründet ist, drängt das Land grundsätzliche Gemeinden dazu, finanzielle Schwierigkeiten selbst zu lösen und dafür scharfe Einschnitte vor allem in den so wichtigen Bereichen der Sozial- und Vereinsförderungen zu machen.

Was uns besonders stört ...

Von der sozialen Kälte der Volkspartei sind wir nicht sonderlich überrascht. Da heißt es neoliberaler Manier ganz einfach, dass der Härtausgleich „alternativlos“ wäre. Dass dem nicht so ist, beweisen mehrere Gemeinden in unserem Bezirk, wie Bad Goisern, Ebensee und Gmunden.

Als wären Mietkosten-, Strompreis- und Heizkostenerhöhungen im neuen Jahr nicht schon genug. Die Gemeinde muss auch noch ohne Not die Gebühren für die Daseinsvorsorge erhöhen. Alle Erhöhungen zusammen machen für einen durchschnittlichen Haushalt monatlich weit mehr als 100 Euro aus!

Leistungen der kommunalen

Verwaltung (in Euro)	2022	2023	Erhöhung
Kanalgebühr/m ³	4,83	5,62	20,0%
Wassergebühr/m ³	1,97	2,50	20,0%
Essen auf Rädern (je Portion)	10,00	12,60	26,0%
Mülltarif (60l-Tonne)	119,00	143,99	21,0%
Hundeabgabe	57,00	67,00	17,5%

Der Bürgerbeteiligungsprozess „Scharnstein - unsere Mitte“ Und was von ihm übrig blieb ...

Arbeitsgruppe Agenda21

Zu Beginn des Agenda21-Prozesses ging ein hochmotiviertes Team daran, Konzepte für eine umfassende Entwicklung und Erneuerung des Scharnsteiner Ortszentrums Themen Schwerpunkte gesetzt werden:

1. Im Ortskern gibt es viel Platz, aber die Aufenthaltsqualität ist gering.
2. Der Ortskern hat in den letzten Jahren wirtschaftlich an Funktion und Bedeutung verloren. Mehrere Geschäfte an der Hauptstraße wurden aufgegeben.
3. Es besteht die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Belebung des Ortszentrums und ein Verbesserungsbedarf im innerörtlichen Wegenetz.
4. Für Tagestouristen auf Durchfahrt fehlt der Anreiz, in Scharnstein stehen zu bleiben.

Bürgerbeteiligung am Kirchenplatz

An dem Bürgerbeteiligungsprozess „Scharnstein ... Unsere Mitte“ haben sich etwa 170 Personen beteiligt, davon 150 online und mehr als 20 Menschen durch persönliche Präsenz. Mehrere Stunden lang wurden unter der Leitung von DI Fleischmann vom Ziviltechnikbüro „Raum-Region-Mensch“ verschiedene Wunschvorstellungen erörtert, Ideen ausgetauscht und gemeinsame Lösungsansätze gesucht. Zum Abschluss des Workshops konnte ein Ergebnis präsentiert werden, mit dem alle an diesem Ideenworkshop Beteiligten einverstanden waren.

Herausgekommen sind kreative Ideen, die am Ende des Prozesses von unserem Agenda-Begleiter folgendermaßen zusammengeführt worden sind:

1. Der Flächenverbrauch für den Autoverkehr soll minimiert werden.
2. Die begehbaren Flächen im Ort sollen vergrößert, die Fußwege breiter gestaltet werden. Die Aufenthaltsqualität im Ort soll verbessert werden.
3. Im Ortszentrum soll die Geschwindigkeit reduziert werden.
4. Das Ortszentrum soll fußgeher- und radfahrer-freundlich gestaltet und mit dem Ortsteil Unter-Scharnstein näher zusammengefügt werden.



Mögliche Fuß- und Radwege im erweiterten Ortszentrum wurden in dem vorliegenden reinen Konzept für den Autoverkehr nicht einmal ignoriert. Von einem gewünschten Parkleitkonzept fehlt jede Spur.

Was am Ende davon übrigblieb ...

Eins ist schon jetzt klar: Kaum ein Ziel der verschiedenen Prozesse der Bürgerbeteiligung von 2016-2021 konnte erreicht werden.

- 1. Die B120 wird wesentlich breiter.**
- 2. Die Flächen auf der Gemeindeseite werden schmaler. Wo sind die Flächen zum Verweilen? Wo befinden sich Schatten spendende Bäume, etc.**
- 3. Von einer Geschwindigkeitsbeschränkung ist keine Rede. Alles bleibt wie bisher.**
- 4. Der geplante Geh- und Radweg beginnt im Niemandsland und endet im Niemandsland. Der Gemeinde stehen völlig eigenverschuldet Rechtskonflikte mit GemeindebürgerInnen bevor.**



Die Probleme beginnen bereits in der Schlosskurve. Mit der im Gemeinderat mit Mehrheit beschlossenen Umsetzung des vorliegenden Planungsentwurfs wurde die konsenslose Entfernung von 7 Auto-parkplätzen vor zwei Gewerbebetrieben akzeptiert. Ein langwieriger Rechtskonflikt gegen rechtschaffene GemeindebürgerInnen droht.

Die Fakten

1. Es besteht ein rechtsverbindlicher Vertrag der Gemeinde mit dem Land OÖ über die Finanzierung der Straßensanierung der B120 im Ortszentrum. Die Einhaltung des Vertrags sollte von der Gemeinde eingefordert werden.
2. Das Land erstellte eine reine Verkehrsplanung der B120 (wofür sie auch zuständig war). Für eine notwendige Ortszentrumplanung (das ist alles außerhalb der Bordsteinkanten der B120) war die Landesstraßenbaudirektion weder zuständig noch befugt. Die SPÖ Scharnstein hat den Bürgermeister mehrfach (belegt in Protokollen des Gemeinderates) aufgefordert, endlich eine fachgerechte Ortszentrumplanung in die Wege zu leiten. Dazu ist für die Planung und die Begleitung ein geeignetes Team aus Fachleuten zusammenzustellen und zu beauftragen.
3. Das gegen die Stimmen der SPÖ im Gemeinderat verabschiedete Straßenbauvorhaben berücksichtigt nicht die auf der Hand liegenden Notwendigkeiten zur Neugestaltung des Ortszentrums. Der vorliegende Entwurf lässt beinahe alle Forderungen der vorangegangenen Bürgerbeteiligung vermissen und ist zudem nicht ohne Folgeschäden für die Gemeinde durchführbar. Mehrere Rechtskonflikte mit unbescholtenen GemeindebürgerInnen, die nichts falsch gemacht haben, stünden bei Umsetzung der jetzt vorliegenden, unzureichenden Planung bevor.

Was müsste jetzt geschehen?

Was bisher vorliegt, ist eine reine Straßenplanung, ohne die umliegenden Räume des Ortszentrums zu berücksichtigen. Die Gemeinde muss deswegen endlich damit beginnen, die Ergebnisse der verschiedenen Prozesse der Bürgerbeteiligung (siehe oben) in eine gesamthafte Planung des Ortszentrums einzubeziehen. Außerdem gehören die Interessen der Mittelschule, der Raiffeisenbank Almtal und von Geschäftsleuten berücksichtigt, die ihre Anliegen an die Gemeinde höflich herangebracht haben.

Am wichtigsten sind aber die direkt von der Planung betroffenen Anrainer, deren Anliegen bisher keine Berücksichtigung fanden. Mit ihnen wurde in vielen Fällen nicht einmal gesprochen. Dabei geht es um ihr Eigentum und in manchen Fällen um ihre wirtschaftliche Existenz.

Das Planungsgebiet für eine notwendige umfassende Ortszentrumsgestaltung müsste das gesamte Gebiet von der Schlosskurve über die Promenade bis zur Shell-Kreuzung inkl. aller Nebenstraßen und angrenzenden Flächen umfassen und entsprechend einer gesamthafte fachlich geeigneten Planung zugeführt werden. Die SPÖ Scharnstein hat im Gemeinderat immer wieder auf diese Notwendigkeit hingewiesen. Einzig die Sturheit des Bürgermeisters, der die alleinige Verantwortung dafür trägt, verhinderte die Beauftragung einer fachgerechten Ortszentrumplanung.

Wir stellen fest: Bisher wurde nicht geplant, sondern gefuhrwerk. Die Grundlagen für eine fachgerechte Planung wären allerdings seit vielen Jahren vorhanden. Lasst uns endlich mit einem professionellen Planungsprozess beginnen!

Frühlingsbasar 2023 der SPÖ-Frauen

Wir SPÖ-Frauen fanden es nach zwei Jahren erzwungener Zurückhaltung so richtig befreiend, unsere beliebten Veranstaltungen wieder durchzuführen.

Herbstbasar 2022

Am Freitag den 7. Oktober und Samstag den 8. Oktober hatten wir in der LMS wieder unseren beliebten Herbstbasar! Es wurde viel gekauft und verkauft, auch unser „Basar-Cafe“ mit selbstgemachten Kuchen und Mehlspeisen erfreute sich über regen Zulauf.

Mit dem Erlös konnten wir wieder unsere Baby-, Schulanfänger- und Ferienaktion bestreiten. Wir bedanken uns herzlich bei all unseren BesucherInnen!

Schulanfängeraktion 2022

56 Schulanfänger wurden zu Beginn des laufenden Schuljahres von uns SPÖ-Frauen mit selbstgenähten bunten Stoffbeuteln überrascht. Uns freuen ganz besonders die vielen positiven Rückmeldungen von den Kindern und ihren Eltern. Wir wünschen allen „Erstklässlern“ eine erfolgreiche und schöne Schulzeit.

Frühlingsbasar 2023

Unseren traditionellen Frühlingsbasar haben wir für Freitag, 24. und Samstag, 25. März 2023 eingeplant. Über euren zahlreichen Besuch würden wir uns freuen!

Wir SPÖ-Frauen wünschen allen ein erfolgreiches und gesundes neues Jahr!

Ulli Jäger-Hochreiter
SPÖ-Frauen-Vorsitzende

Endlich: mehr Geld und kleinere Gruppen in den Kindergärten

Kurz vor Weihnachten war es endlich so weit. Das Land beschloss ein 38,5 Millionen Euro Paket für die OÖ Kindergärten. Dieses Geld braucht es dringend. Bei der Betreuungsquote von unter Dreijährigen liegt Oberösterreich laut Statistik Austria bundesweit weit zurück. Bei den Öffnungszeiten belegt man sogar den letzten Platz.

Eine der 20 Maßnahmen im „gemeinsamen Pakt“ ist die Ausweitung der Öffnungszeiten. Die Einrichtungen sollen mindestens 47 Wochen geöffnet haben.

Es gibt mehr Gehalt für die Bediensteten. Ab 1. März erhalten Kindergartenpädagoginnen monatlich 250 Euro brutto zusätzlich. „Pädagogische Assistenzkräfte“ bekommen monatlich 150 Euro brutto mehr.

Kleinere Gruppen

Zudem werden auch die Gruppengrößen verkleinert. Derzeit liegt sie bei 23 Kindern. Ab 2025 soll sie 22, ab 2028 21 betragen. Bei den aktuellen Gruppengrößen ist man weit von einer idealen Betreuung entfernt, aber um rascher verkleinern zu können, müssen erst mehr MitarbeiterInnen gewonnen werden.

Die SPÖ freut sich über diese wichtigen Schritte für eine bessere Kinderbetreuung. Leider kommt sie sehr, sehr spät. Für eine echte Vereinbarkeit von Familie und Beruf braucht es auch zukünftig mehr Geld. Eine ideale Gruppengröße würde maximal 12 Kinder betragen.

Kindergärten sind die Basis für gutes Lernen!

Die Betreuung von Kindern unter sechs Jahren war in Oberösterreich in den vergangenen Jahren eine unerträgliche Schwachstelle. Das heißt: Unerträglich war die Schwachstelle vor allem für berufstätige Eltern, die auf der Suche nach einem Platz in einer Krabbelstube oder einem Kindergarten mit halbwegs akzeptablen Öffnungszeiten oft verzweifeln.

Das Ergebnis dieser Ignoranz konnte man in den Studien von Statistik Austria oder Arbeiterkammer nachlesen: Oberösterreich war in wesentlichen Kriterien der Kinderbetreuung Jahr für Jahr bundesweit verlässlich Nachzügler oder Schlusslicht.

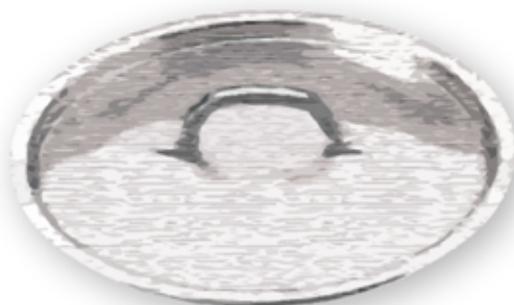
Es ist daher ein Silberstreif am Horizont, wenn sich nun endlich etwas rührt. Das kürzlich präsentierte Paket könnte eine Aufholjagd einläuten.

Sehr oft wird leider immer noch suggeriert, Kindergärten oder Krabbelstuben seien Kinder-Aufbewahrungsfächer für herzlose Eltern. Dabei weiß jeder, der Kinder hat, welche Entwicklungsschübe die Kleinen in diesen Einrichtungen erleben. Sie sind die Basis für gutes Lernen in der Schule. Nicht zuletzt ist hochwertige Kinderbetreuung in einer immer flexibler werdenden Arbeitswelt längst ein unerlässlicher Standortfaktor.

BREMSE* REIN,



DECKEL** DRAUF!



* Wärmepreisbremse nach burgenländischem Vorbild. Auch für Pellets- & Holzheizungen sowie Wärmepumpen. Sozial gestaffelt und einkommensabhängig.

** Gaspreisdeckel nach deutschem Vorbild, sonst droht eine Vervielfachung der Preise in den nächsten Wochen.

FÜR EINE KLARE LINIE. **SPÖ**



FEICHTINGER
wohndesign ist unsere passion.

Internorm[®] EXCLUSIVPARTNER **FM ewe**

TISCHLEREI & RAUMHAUSSTATTUNG FEICHTINGER GESMBH
MÜHLDORF 10 • A-4644 SCHARNSTEIN • TEL 07615.2252 • FAX 07615.2252-10
EMAIL OFFICE@FEICHTINGER.AT • WWW.FEICHTINGER.AT

Manufakturqualität
seit 1974



bastian
inverun



Auer
www.juwelier-auer.at



LICHTENWAGNER
Innovative Elektrotechnik

Elektrogeräte • Reparatur - Installation und Service • Photovoltaik • TV & Satelanlagen

4644 Scharnstein, Neu-Scharnstein 50
Tel. 07615/7377, Tel. 07615/7377-80
www.elektro-lichtenwagner.at



FLEISCHEREI
Hans Huthmayr

Hauptstraße 20
4644 Scharnstein
hans@almtalwurst.at
Tel: 07615/2466-0 • FAX: DW 4

WWW.ALMTALWURST.AT



Mayr Schulmöbel
LEHREN • LERNEN • LEBEN

GANZTAGS-SCHULE
Mehr Flexibilität im Klassenraum

Mayr Schulmöbel GmbH • Mühlendorf 2 • 4644 Scharnstein
Tel.: +43 7615 2641-0 • Fax: +43 7615 2641-211
office@mayrschulmoebel.at • www.mayrschulmoebel.at



KONDITOREI
CAFÉ
MITTERMAIER

Scharnstein, Hauptstr. 8, Tel. 0 76 15 / 22 95
office@mittermaier.at, www.mittermaier.at

Mo-Fr 6.00-20.00 Uhr, Mi 6.00-13.00 Uhr, Sa 7.00-20.00 Uhr, So 8.00-20.00 Uhr

HOLZBAU
BAMMER
ZIMMERMEISTER



STATIK-PLANUNG-AUSFÜHRUNG
4644 SCHARNSTEIN
TEL. 07615/7406, FAX 07615/30564
www.holzbau-bammer.at

MEISTER OPTIKER
geprüft



Optik Bauer
GmbH

Brillen • Hörgeräte • Kontaktlinsen • Optometrie

4644 SCHARNSTEIN
HAUPTSTRASSE 27
Tel. & Fax: 07615/2860

Aktiv für unsere Mitglieder!

Im PV Scharnstein tut sich was!

Vielfältige Aktivitäten prägen das Zusammensein im Pensionistenverband. Ob Kultur, sportliche Aktivitäten oder interessante Ausflüge - es ist immer was los!

30. September (1)

Funktionärsehrung für Roswitha Ebenführer

3. Oktober (2)

Liachtbratl-Wanderung zur Hochsteinalm

13. Oktober (3)

Besuch der Firma Megaflex und Glasbläserei

19. Oktober (4)

Wanderung am Attersee- Westuferweg

5. November (5)

Bezirks- Kegelmeisterschaft in Bad Ischl

17. November (6)

Wanderung Kirchemühlekogel und Reutelweg
in Grünau

Abschließend möchte ich allen Mitgliedern und Freunden des Pensionistenverbands Scharnstein für das Jahr 2023 Gesundheit, Glück und Frieden wünschen!

Euer Obmann

Ing. Sepp Bittendorfer



1



2



3



4



5



6



Sehr herzlich bedanken wir uns bei unseren Inserenten für Ihre Unterstützung bei der Herausgabe unserer Scharnsteiner Perspektiven.

Wir wünschen Ihnen ein erfolgreiches und vor allem gesundes neues Jahr 2023!

**OÖ Nachrichten
13. Dezember 2022**

LESERMEINUNG

Vernünftige Sozialpolitik

Eine rational agierende und verantwortungsvolle Bundesregierung würde für die beinahe 40.000 in Österreich tätigen 24-Stunden-Betreuerinnen aus Rumänien umgehend deren Scheinselbstständigkeit und das seit Jahren praktizierte Lohndumping abschaffen. Eine vernünftige Regierung würde zudem den Betreuerinnen jetzt sofort ein attraktives Gesamtangebot machen, welches eine bezahlte Pflegeausbildung, eine Garantie auf einen Pflegejob in Österreich sowie Familiennachzug und die österreichische Staatsbürgerschaft beinhalten würde. Und das aus rein rationalen Überlegungen zum Thema Pflegenotstand in Österreich!

■ Max Ebenführer, Scharnstein

